

GUTENACHRICHTEN

aus Stuttgart und Berlin

UTE VOGT



Februar 2012

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

keine Veröffentlichung in diesen Tagen ohne das Thema Bundespräsident. So auch bei uns. Joachim Gauck hatte schon letztes Mal meine Stimme und nun bin ich froh, dass alles danach aussieht, dass er diesmal erfolgreich sein wird. Gewiss, er ist kein SPD Mitglied und sicher werden wir auch künftig bei einigen Themen kontroverse Meinungen haben. Trotzdem schätze ich ihn, weil er nachdenkt und nicht der Versuchung nachgibt, die Dinge stets zu vereinfachen. Er ist ein Freund des differenzierten Argumentierens. Und es ist wahrlich überfällig, dass dies auch bei der Mehrheit der politisch Aktiven (und der Medien) wieder zur Gewohnheit wird. Die politische Kultur verkommt, wenn wir nur noch in Bildzei-
tungsbotschaften reden. Das ist zwar leichter, weil schwarz und weiss und gut und böse so leicht verständliche Kategorien sind - aber die notwendige politische Debatte bleibt dabei auf der Strecke. Die Welt ist komplex, das war mein Grund, in eine Partei einzutreten. Weil kaum ein Problem für sich alleine gelöst werden kann und so Vieles ineinander greift. Joachim Gauck wird derzeit besonders im Internet auch durchaus kritisiert. Natürlich kann und soll man mit ihm auch streiten. Aber auffällig finde ich, dass einige der Vorwürfe gerade dort laut werden, wo er verkürzt zitiert wird. Er teilt zum Beispiel gerade nicht die Thesen von Sarrazin und er hat nicht den Holocaust mit anderen Verbrechen gleichgesetzt, sondern in einer sehr differenzierten Rede gerade davor gewarnt, sich allzu sicher zu sein, dass sich so ein Verbrechen nicht wiederholen könne. Wir werden einen Bundespräsidenten bekommen, der es uns nicht leicht machen wird. Aber gerade das finde ich, ist seine Aufgabe. Er soll uns nicht unterhalten oder gefallen. Ich sehe mit ihm die große Chance, dass der Wert der Demokratie wieder greifbar wird und er in einer Zeit, wo eine schwarz-gelbe Bundesregierung in Sachen Werte und Moral auf ganzer Linie versagt, in dieser Hinsicht ein wichtiger Diskussionspartner und vielleicht auch ein Vorbild sein kann.

Eure

Inhalt / Auszüge

Berlin:
Endlagersuchgesetz
Asse-Task-Force
Red-Hand-Day

Stuttgart:
Fraktion vor Ort: Integration
Kinderrechte
Lärm auf der Gäubahntrasse

Meine Teams und Kontaktdaten

Fraktion-vor-Ort Veranstaltung

„Integration - gelingt nur gemeinsam“

Am 31. Januar 2012 hatten Ute Kumpf und ich zu einer gemeinsamen Fraktion-vor-Ort Veranstaltung zum Thema Integration ins IG-Metall-Haus Stuttgart eingeladen. Die erfreulich hohe Anzahl von nahezu 100 Besucherinnen und Besuchern zeigt das große Interesse an diesem Thema.

Bei meiner Einführung war es mir wichtig, zunächst auch einmal die Erfolge der Integration von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausländischer Herkunft hervorzuheben. Dies zeigt sich unter anderem auch bei vielen erfolgreichen Unternehmensgründungen von Migrantinnen und Migranten in Baden-Württemberg und besonders im Raum Stuttgart.



Als Referentin für diese Veranstaltung konnten wir die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney gewinnen. Sie führte in ihrem Beitrag aus, dass es besonders für Baden-Württemberg wichtig sei, über ein eigenständiges Integrationsministerium zu verfügen, da hier die meisten Migrantinnen und Migranten in einem Flächenbundesland leben. Mit einem Anteil von 2,8 Millionen Menschen sei jeder vierte Erwachsene und jeder dritte Jugendliche hier bei uns ausländischer Abstammung. Daher müsse sichergestellt sein, dass für diese Menschen Teilhabe in allen Bereichen gelinge.

In verschiedenen Projekten ihres Ministeriums solle deshalb unter anderem Sprachförderung und Bildung von Migranten weiter voran getrieben werden. Ein wichtiges Ziel sei es, auch Menschen ausländischer Herkunft besser in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Dazu sei es aber notwendig, auf der einen Seite mehr dieser Menschen zur Einbürgerung zu bewegen, aber auch für Bürgerinnen und Bürger, die von außerhalb der EU stammen, ein kommunales Wahlrecht zu ermöglichen.

Ergun Can, SPD-Stadtrat mit türkischen Wurzeln, unterstrich diese Ausführungen und forderte darüber hinaus ein vereinfachtes Reiserecht für in Deutschland lebende Migranten, damit diese beispielsweise aufgrund von Familienangelegenheiten leichter in ihr Heimatland reisen könnten.

Kerim Arpad, Geschäftsführer des Deutsch-Türkischen Forums, betonte nochmals die Wichtigkeit einer guten Sprachförderung. Er rief außerdem dazu auf, auch mehr Migrantinnen und Migranten für Projekte in der Integrationsarbeit zu gewinnen, damit diese ihre Landsleute aktiv bei der Integration unterstützen könnten.

Ministerin Öney zeigte sich begeistert von der Vielfalt an Ideen, Anregungen und Wünschen aus der Diskussion und sicherte zu, diese in ihrer zukünftigen Arbeit zu berücksichtigen. Natürlich werden die Ergebnisse dieser Veranstaltung auch in das Integrationskonzept der SPD-Bundestagsfraktion einfließen. •••

**Gemeinsam für
bessere Integration:**
v.l.n.r.
Ute Kumpf,
Integrationsministerin
Bilkay Öney,
Ute Vogt



**Integration findet vor Ort statt - in den Stadtteilen
und Bezirken, in der Schule und am Arbeitsplatz**

Keine Hermesbürgschaften für Nukleartransporte!

Stuttgarterinnen und Stuttgarter haben Schwarz-Gelb in einer Postkartenaktion dazu aufgefordert, die Hermesbürgschaft für das brasilianische AKW Angra 3 zurückzunehmen. Konkret geht es um die Absicherung der Beteiligung von Areva/Siemens am bereits begonnenen Bau des Reaktors Angra 3 in Brasilien.

Bei den Hermesbürgschaften für Nuklearexporte zeigt sich wieder einmal, wie widersprüchlich die Politik von Schwarz-Gelb beim Thema Atomkraft ist. Der unter Rot-Grün eingeführte Ausschluss der Exportförderung von Nukleartechnologien zum Neubau von Atomanlagen wurde aufgehoben.

Zur Erinnerung: Während der rot-grünen Regierungskoalition haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2001 für die Einführung von „Leitlinien für die Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten bei der Übernahme von Ausfuhrleistungsgewährleistungen des Bundes“ gesorgt. Mit diesen Leitlinien ist eine wirkliche Verbesserung bei der Prüfung und Gewährung der Exportbürgschaften beschlossen worden. Es ist ein Verfahren vereinbart worden, bei dem ökologische, soziale und entwicklungspolitische Kriterien wesentlich stärker als vorher zu berücksichtigen sind.

Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit den Grünen die schwarz-gelbe Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, ab sofort keine Hermesbürgschaften für Nukleartechnologien oder andere Technologien, die für den Bau von Atomkraftwerken bestimmt sind, mehr zu vergeben. Dieser Antrag wurde von den schwarz-gelben Regierungsfractionen abgelehnt. Es hat die schwarz-gelbe Bundesregierung scheinbar überhaupt nicht interessiert, dass es sich um einen veralteten Reaktortyp handelt, der Standort als erdbebengefährdet gilt, die Endlagerfrage komplett ungeklärt ist, es in Brasilien keine unabhängige Atomaufsicht gibt und das Land nicht einmal das Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrags unterschrieben hat.

Wir wollen, dass die Atomverträge mit Brasilien und Argentinien durch eine Kooperation über Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ersetzt werden.

Die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 müssen umgehend wieder in Kraft gesetzt und in Zukunft konsequent eingehalten werden. Die Hermesbürgschaft für Angra 3 ist falsch und unverantwortlich. Atommaterial und Nukleartechnik dürfen nicht noch weiter in der Welt verbreitet werden. ●●●

Endlagersuchgesetz - Kritik von der SPD-Bundestagsfraktion

Der zweite Entwurf des Bundesumweltministeriums für eine gesetzliche Regelung der Endlagersuche wurde zwischen Bund und Ländern beraten. Die SPD-Bundestagsfraktion hält den Entwurf des Bundesumweltministeriums in wesentlichen Punkten für mangelhaft und nicht konsensfähig.

Eine von der SPD-Bundestagsfraktion in Auftrag gegebene gutachterliche Stellungnahme des früheren, langjährigen Leiters der Atomaufsicht im Bundesumweltministerium, Wolfgang Renneberg, zeigt deutliche Lücken im Gesetzesentwurf auf.

Ein zentraler Knackpunkt des derzeitigen Gesetzesentwurfes ist, Gorleben bis auf die letzte Phase des Standortvergleichs als gesetzten Kandidaten zu betrachten. Gorleben wäre damit von der Prüfung auf Ausschlusskriterien befreit, was zeigt, dass das ganze Auswahlverfahren nur eine symbolische Wirkung haben soll. Außerdem werden die

Betreiber von den Kosten der Standortsuche in Milliardenhöhe befreit.

Mit ihrem Beschluss vom 24. Januar zu „Grundsätzen und Eckpunkten eines Endlagersuchverfahrens“ hat die SPD-Bundestagsfraktion ein umfassendes, integriertes Konzept formuliert, in dem alle Verfahrensschritte in einem einheitlichen, zusammenhängenden und schrittweisen Verfahren unter der Geltung des Atomgesetzes durchgeführt werden. Dieses Konzept garantiert die Finanzierung durch die Betreiber, enthält keine Privilegierung für Gorleben, beinhaltet alle Elemente einer umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung und garantiert die demokratische Kontrolle. ●●●

- > [Ausführliche Pressemitteilung zum Thema](#)
- > [„Grundsätze und Eckpunkte eines Endlagersuchverfahrens“](#)
- > [Gutachten von Wolfgang Renneberg](#)



Red-Hand-Day

Der Einsatz von Kindern im Krieg ist Kindesmissbrauch

Ute Vogt unterstützt die Aktion mit ihrem roten Handabdruck

Beim internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten haben Ute Vogt und viele weitere Abgeordnete des Deutschen Bundestages durch ihren Handabdruck ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten gesetzt. Bei dem seit 12. Februar 2002 weltweit stattfindenden Red-Hand-Day werden die gesammelten Handabdrücke an die Vereinten Nationen weitergeleitet.

Der Einsatz von Kindern im Krieg ist Kindesmissbrauch und eine Menschenrechtsverletzung. Nach Angaben der UN sind weltweit noch immer

250 000 Kindersoldaten im Einsatz. In den meisten Fällen handelt es sich um Zwangsrekrutierungen. Auch wenn es inzwischen eine Strafverfolgung von mutmaßlichen Tätern gibt, gehen viele immer noch straffrei aus. Auf diese Regierungen muss die Staatengemeinschaft den Druck erhöhen, um endlich diese Verbrechen an Kindern zu bestrafen und zu stoppen! Gerade Deutschland muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, nicht zuletzt als derzeitiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und Vorsitzender der UN-Arbeitsgruppe Kinder und bewaffnete Konflikte.

...

Unicef-Tag der Kinderrechte

Ute Vogt bei zwei fünften Klassen am Geschwister-Scholl-Gymnasium zu Gast

16.02.2012 | Die Unicef Deutschland vermittelte anlässlich des weltweiten Tages der Kinderrechte Abgeordnete an interessierte Schulen. Ute Vogt wurde vom Geschwister-Scholl-Gymnasium eingeladen und besuchte den Unterricht von zwei fünften Klassen.

Die Deutsch- und Religionslehrerin, Swantje Knodel, bereitete mit den Schülerinnen und Schülern Fragen vor. Wichtig waren vor allem die Aspekte Armut von Kindern und Kinderarbeit. Kinder beim Teppichknüpfen, im Bergbau, als ausgebeutete Haushaltshilfen, als Kindersoldaten mit Gewehren - dazu lagen Fotos der Unicef aus.

Warum Menschen nicht fortzögen, fragten die Kinder, wenn sie sich mit Landwirtschaft nicht ernähren könnten? Da oftmals diese Familien auch in Regionen leben, wo eine oder zwei Missernten sofort zu Hungersnöten führen, erklärte Ute Vogt, und sie auch nicht einfach ins Nachbarland könnten, wo es vielleicht fruchtbare Böden hätte. Auch im Falle von Bürgerkriegen, wo sie auch kaum woanders hin flüchten könnten, und wenn, dann in Flüchtlingslagern untergebracht würden.

Die Frage, warum in den betroffenen Ländern die Reichen den Armen nicht helfen, bewegte die Kinder mit am meisten. Der Punkt war gut, um das Thema auch auf Deutschland herunter zu brechen, wo auch immer mehr



Kinder an der Armutsgrenze lebten. Dabei geht es eben nicht nur um Essen, Kleidung, Wohnen oder Fahrräder, sondern auch um die Möglichkeit zur Teilnahme an Freizeit- oder Bildungsangeboten. Ute Vogt erklärte den Deutschen Sozialstaat am Beispiel der Krankenversicherung - alle zahlen ein, und wenn ein Kind schwer erkrankt und die Kosten erreichen die Höhe wie für ein neues Auto oder ein kleines Häuschen, dann springt die Gemeinschaft ein.

Die Nachdenklichkeit der Schülerinnen und Schüler und ihre klugen Fragen, die zum Teil schon ins Philosophische gingen, zeigen, wie wichtig solche Projektstage sind. So manchem im Raum wurde auch klar, wie gut es ihnen geht und was für ein Zufall es ist, in welche Familie man hineingeboren wird. Dafür können die Kinder weltweit am allerwenigsten - und darum ist es gut, dass Unicef und die Vereinten Nationen die Kinderrechte weltweit einfordern. Ute Vogt wird jedenfalls weiterhin gerne zu diesem Thema an Schulen gehen und mit den Kindern diskutieren. ...

Antrag der SPD hatte Erfolg

Asse-Task-Force eingerichtet

Zusammenfassung der Rede im Bundestag

Es ist ein großer Erfolg aller Beteiligten, dass zum ersten Mal niemand mehr anzweifelt, dass eine Rückholung des Atommülls aus der Asse oberste Priorität haben muss. Durch die Bewegung des Berges und den täglichen unkontrollierbaren Laugenauflauf in das Bergwerk ist klar, dass die Abfälle dort nicht „sicher“ für Tausende von Jahren lagern können.

Obwohl die Rückholung gewollt ist, geht es in der Asse nicht voran.

Unter anderem scheitert es daran, dass ein Großprojekt wie dieses mit behördlichen Verfahrensabläufen bewerkstelligt werden soll - was zum Scheitern verurteilt ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb als erste, schnelle Maßnahme in einem Antrag im Deutschen Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, eine „Task-Force“ einzurichten, bestehend aus dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Niedersächsischen Minister für Umwelt und Klimaschutz, dem Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz sowie dem Landrat und einem Vertreter der Bürgerinitiative.

Es ist ermutigend, wenn auch Anregungen der Opposition aufgegriffen werden und jetzt die Task-Force eingesetzt wird, so wie es von der SPD beantragt wurde. Dass diese Task-Force "Lenkungsgruppe" heißt, tut ihrer Effektivität hoffentlich keinen Abbruch.

Das Thema "Rückholung der Abfälle" ist nicht in wenigen Jahren beendet, sondern es wird uns 35 bis 40 Jahre begleiten. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier fraktions- und wahrscheinlich auch legislaturperiodenübergreifend zusammenwirken, vermutlich unter verschiedenen Regierungen.

Jetzt geht es darum, das Verfahren zügig voranzubringen. Es müssen die rechtlichen Bedingungen geschaffen werden, schneller handeln zu können. Es geht nicht um die Einrichtung eines Endlagers, sondern um die Abwendung von Gefahren durch ein nicht genehmigungsfähiges Endlager, also durch ein Lager, das so überhaupt nicht hätte existieren dürfen.

.....

-> [Die vollständige Rede von Ute Vogt im Deutschen Bundestag](#)
-> [Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion](#)

.....

Bahnlärm - Gäubahn

Die Lärmbelastung durch die Güterzugumleitung auf der Gäubahntrasse muss so gering wie möglich gehalten werden!



Seit dem 9. Januar 2012 leitet die Deutsche Bahn wieder Güterzüge über die historische Gäubahntrasse quer durch den Stuttgarter Talkessel. Dies war bereits in der Vergangenheit immer wieder der Fall – zuletzt 2008, als für sechs Monate Güterzüge über diese Strecke geleitet wurden. Die aktuelle Umleitung soll nun das ganze Jahr über andauern. Grund dafür ist der Gleisneubau zwischen Böblingen und Renningen. Für die Anwohner an der Strecke entsteht so eine massive Mehrbelastung durch Lärm und Erschütterungen. Für eine so lange Zeit ein unzumutbarer Zustand für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger!

In einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, habe ich mich deshalb dafür eingesetzt, die Belastungen der Anwohner an der Gäubahntrasse durch die Güterzugumleitung während des Gleisneubaus zwischen Böblingen und Renningen so gering wie möglich zu halten. Konkrete Forderungen dabei waren die Prüfung einer Geschwindigkeitsbegrenzung für Güterzüge und den Einsatz modernerer Güterzugwaggons auf der Gäubahntrasse. Die Antwort liegt nunmehr vor und ist leider nicht positiv. Die Bahn verweist darauf, dass die Inbetriebnahme der S-Bahn S 60 zwischen Böblingen und Renningen pünktlich am 12. Dezember erfolgen soll. Durch die Umleitung erfolge eine konzentrierte und beschleunigte Realisierung der Strecke. Damit könne die kürzeste Bauzeit erreicht werden.

Mein Vorschlag, modernere und damit leisere Güterzüge einzusetzen, ließe sich leider nicht umsetzen. Die DB AG sei verpflichtet, alle zugelassenen Wagen zu befördern und habe keine rechtliche Handhabe, bestimmte Wagengattungen von der Beförderung über diese Strecke auszuschließen. Da ein Großteil des Güterverkehrs von externen Eisenbahnverkehrsunternehmen, die zum Teil mit ausländischem Wagenmaterial fahren, erbracht wird, sei eine solche Regelung langfristig nur im europäischen Kontext vorstellbar. Auf die Möglichkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung wurde in den Antwortschreiben überhaupt nicht eingegangen!

Ich werde mich deshalb erneut an die Bahn AG wenden, um wiederum die Möglichkeit eines Tempolimits für Güterzüge auf der Umleitungstrasse anzusprechen. Zumal Anwohner die Beobachtung gemacht haben, dass die Güterzüge in Höhe der Bahnstation Österfeld langsam fahren und erst ab Vaihingen Richtung Rohr stark beschleunigen bzw. ab Rohr Richtung Vaihingen abbremsten. Wodurch zusätzlich starker Lärm erzeugt wird. ...

Aktuelle Reden im Bundestag

Alle Reden auf ute-vogt.de - Politik - Reden

10.02.2012 | Rede

Rede im Deutschen Bundestag zur „Rückholung des Atommülls aus der Asse“

26.01.2012 | Rede

Zum „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen“

.....

„Ankündigungs-Regierung“ auch beim demographischen Wandel

20.01.2012

Auch beim Thema Handlungskonzepte für die Gestaltung des Demographischen Wandels bleibt die Bundesregierung ihrer Linie treu: Ankündigen und dann nichts oder das Falsche tun. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Demographischen Wandel (Drucksache 17/6377) hervor. Bei der Antwort handelt es sich nur um eine Aneinanderreihung von einzelnen Vorhaben und Modellen.

Viele Fragen bleiben offen: In welcher Weise trägt zum Beispiel das für 2013 geplante Betreuungsgeld zur besseren Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt bei? Warum kürzt die Bundesregierung die Förderung von Mehrgenerationenhäusern, die Programme "Soziale Stadt" und "Altersgerecht umbauen", bei der Städtebauförderung, beim Elterngeld, und an vielen weiteren für die Gestaltung des Demographischen Wandels wichtigen Stellen? Welche wichtigen Weichenstellungen müssen bei der Pflege erfolgen?

Das Verhalten der Bundesregierung zur Rolle der Kommunen und Regionen grenzt an Ignoranz. Sie lässt sie bei der Bewältigung des Demographischen Wandels - vor allem auch finanziell - im Stich. Die SPD-Bundestagsfraktion will mit handfesten Konzepten die Idee einer wirklich inklusiven Gesellschaft verwirklichen. Wir wollen ein gutes Miteinander der Generationen.

.....

Ute Vogt: Gut für Stuttgart - Müllentsorgung bleibt in kommunaler Hand!



09.02.2012 | Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat sich beim Thema Abfallentsorgung endlich zum Guten hin geeinigt: Es bleibt bei der kommunalen Zuständigkeit. „Das ist im Interesse von Verbrauchern, Beschäftigten und der Umwelt“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt. Die SPD-Fraktion und die SPD-geführten Bundesländer waren von Anfang an gegen eine Liberalisierung im Abfallrecht. Mit der Einführung einer orangenen Wertstofftonne für wiederverwendbaren Müll (bisherige Gelbe-Sack-Abfälle, aber auch kaputte Toaster, Töpfe, Fernsehgeräte u.a.) bestand die Gefahr, dass private Unternehmen die wertvollen Abfälle abnehmen und die Städte und Gemeinden auf dem Hausmüll sitzenbleiben.

Der jetzt gefundene Kompromiss sieht vor, dass gewerbliche Sammlungen nur noch dann zulässig sind, wenn die Städte oder Gemeinden die jeweiligen Abfallsorten nicht selbst getrennt sammeln und eine gewerbliche Sammlung wesentlich leistungsfähiger ist. Dabei bezieht sich die Leistungsfähigkeit auf Ökologie, Recycling und die am Gemeinwohl orientierte Servicegerechtigkeit. Ein nur geringfügig besserer Service reicht nicht aus, um gewerbliche Sammlungen zu erlauben. Eine örtliche Begrenzung auf lukrative Sammelbezirke ist ausgeschlossen.

„Gut für Stuttgart, gut für die Stabilität bei den Müllgebühren, gut für die Angestellten der städtischen Müllabfuhr und gut für die Umwelt“, so fasst Ute Vogt zusammen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz gilt in der jetzt vorliegenden Fassung als im Bundestag zustimmungsfähig.

.....

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den ersten Antrag in leichter Sprache in den Bundestag eingebracht: **Kultur für alle!**

24.01.2012 | „Die Politikerinnen und Politiker der SPD wollen, dass alle Menschen überall mitmachen können. Sie wollen Kultur für alle.“ Dieser Satz ist in sogenannter leichter Sprache formuliert und steht im SPD-Antrag „Kultur für alle! – Für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Kultur, Information und Kommunikation“, abrufbar unter: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15641,0_0.pdf). Ab Seite 7 beginnt der Text in der leichten Sprache.

Die SPD hat ihren Antrag in Leichte Sprache übersetzen lassen, damit ihn möglichst alle verstehen können. Besonders diejenigen, für welche der Antrag Verbesserungen bringen soll. Dazu zählen auch Menschen mit Lern- oder Konzentrationsschwierigkeiten, mit Altersdemenz oder Menschen, die die deutsche Sprache erst erlernen. Unser Ziel ist es, auf diese Weise Politik den Menschen nahezubringen, die sonst nicht den Zugang zu den Debatten und Entscheidungen des Bundestages haben oder die Sprache der Politik zu kompliziert finden. Die SPD-Bundestagsfraktion bringt damit als erste Fraktion überhaupt einen Antrag im Bundestag ein, der in leichter Sprache verfasst ist. Leichte Sprache besteht aus kurzen, einfachen Sätzen mit kurzen Wörtern. Der Text ist in einer bestimmten Schriftgröße verfasst und enthält viele Erklärungen. Bunte Bilder unterstützen das Verstehen des Textes. Details zur Leichten Sprache finden Sie unter: www.leichtesprache.org.

Ute Vogt: „Menschen mit Behinderungen interessieren sich ebenfalls für Politik. Wir dürfen sie nicht ausschließen. Gerade deshalb ist es wichtig, die Beschlüsse des Bundestages, die sie betreffen, auch verständlich zu formulieren.“

Im Antrag geht es darum, Kultur- und Freizeitangebote barrierefrei zu gestalten, bei Ausschreibungen des Bundes die Barrierefreiheit verpflichtend zu berücksichtigen, die Denkmalförderung des Bundes möglichst an barrierefreie Zugänge zu knüpfen oder Filme nur dann zu fördern, wenn wenigstens eine Endfassung des Films mit deutscher Audiodeskription (die Handlung wird zusammengefasst kommentiert) oder deutschen Untertiteln vorliegen wird. Es geht um barrierefreie Zugänge zu Kultur- und Medienangeboten, aber auch um die aktive Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als Künstlerinnen und Künstler.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die UN-Behindertenrechtskonvention zügig umzusetzen und sich nicht länger auf unbestimmte Absichtserklärungen zu beschränken. Der Antrag der SPD-Fraktion legt dazu konkrete Forderungen vor. Die Übersetzung des Antrags in Leichte Sprache sieht die SPD als Pilotprojekt und würde es begrüßen, wenn sich der Deutsche Bundestag fraktionsübergreifend darauf einigt, in Zukunft barrierefreie Zugänge zu den wesentlichen Entscheidungen und Debatten des Deutschen Bundestages bereitzustellen. ●●●

Softverkauf zugunsten Multiple-Sklerose-Erkrankter

Traditionelle Aktion des ADAC



21.01.2012 | Ein lange Tradition hat der Softverkauf des ADAC auf der Stuttgarter Messe CMT. In jedem Jahr spendet der ADAC den Erlös des Softverkaufs an die AMSEL (Aktion Multiple Sklerose Erkrankter). Da ist es Ehrensache, dass sich auch Ute Vogt gerne als Bedienung für die Gäste zur Verfügung stellt. Hier im Bild Ute Vogt, unterstützt vom stellvertretenden Vorsitzenden des ADAC Württemberg, Dieter Roßkopf.

Besuch bei BeFF - Frauen beruflich qualifizieren und den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben fördern

09.01.2012 | Seit 25 Jahren gibt es die „Kontaktstelle Frau und Beruf“ - BeFF e.V. in Stuttgart. Sie berät in erster Linie Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf. Zum Beispiel nach der Elternzeit oder nach längerer Arbeitslosigkeit. Geschäftsführerin Birgit Steinhardt und ihr Team helfen bei der Bewerbung, geben Orientierungsberatung beim Wechsel des bisherigen Berufswegs und bieten Coachings an. Ein weiteres Feld ist die Beratung von Frauen, die eine Existenzgründung anpeilen. Für diese Solo-Unternehmerinnen gibt es Fortbildungskurse und den Gründerinnen-Treff Region Stuttgart.

Seit 1994, der großen Koalition in Baden-Württemberg mit Dieter Spöri als Wirtschaftsminister, werden die zehn Kontaktstellen im Land gefördert. Dagmar Bürkardt sieht das Geld vom Kosten-Nutzen-Faktor her sehr gut angelegt, denn die Kontaktstelle führt pro Jahr weit über 500 Einzelberatungen durch, erhält ca. 2.500 telefonische Anfragen oder Bitten um Informationsmaterial pro Jahr, knapp 1.500 Frauen belegen Seminare.

In Baden-Württemberg mit seinen großen Unterschieden zwischen ländlichen Regionen und Ballungsräumen entwickelt jede der Kontaktstellen ein eigenes Profil. Jetzt hat das Ministerium eine Evaluation angeordnet, obwohl von den Kontaktstellen aussagekräftige Jahresberichte schon immer erstellt werden. Ute Vogt hofft, dass die kaum mögliche Vergleichbarkeit der Kontaktstellen berücksichtigt wird, denn darin sieht sie eine der großen Stärken dieses Beratungsangebotes hier im Ländle. In anderen Bundesländern wird zum Teil eher alles über einen Kamm geschoren.

BeFF in Stuttgart ist fest als Anlaufstelle etabliert und hat eine hohe Erfolgsquote. Die Kontaktstelle ist ein notwendiger Baustein - über Bundesagentur und Arbeitsvermittlungen hinaus - um Frauen den beruflichen Wiedereinstieg zu ermöglichen.



V.l.n.r.: Geschäftsführerin Birgit Steinhardt, Dagmar Bürkardt vom Vorstand und Ute Vogt

Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm für ein Jahr in die USA

Sven Arne Butz aus Plieningen ist der aktuelle Teilnehmer, der auf meinen Vorschlag hin mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses für ein Jahr in die Vereinigten Staaten von Amerika reisen kann. Das Deutsch-Amerikanische Jugendaustausch-Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren sowie an junge Berufstätige bis 24 Jahre. Ihnen wird dabei durch ein Stipendium ein einjähriger Aufenthalt in den USA ermöglicht. Bundesweit stehen jährlich rund 360 Stipendien zur Verfügung.

Die Schülerinnen und Schüler leben in den USA in Gastfamilien und besuchen eine amerikanische High School. Für junge Berufstätige sieht das Programm den Unterricht an einem Community College oder einer vergleichbaren Bildungsstätte und ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb vor. Die Teilnehmer können natürlich auch selbst Praktikantenplätze in den USA vorschlagen.

Ziel des PPP ist es, der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, zu vermitteln. Im Gegenzug zum Aufenthalt junger deutscher Schülerinnen und Schüler oder Berufstätiger verbringen junge Amerikanerinnen und Amerikaner ebenfalls ein Jahr in Gastfamilien in Deutschland.

Bewerbungen für das Programmjahr 2013/2014 können voraussichtlich ab Anfang Mai 2012 vorgenommen werden. Nähere Informationen finden sich unter:

http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/internat_austausch/ppp/index.html



Mein Team in Stuttgart:

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schrupf

Stuttgarter Kontaktdaten:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de



Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Berliner Kontaktdaten:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de



Die Sitzungswochen des Deutschen Bundestags

Hier die Übersicht für das Jahr 2012

Zeitplan des Deutschen Bundestages für das Jahr 2012

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	
Jan	Neujahr	Mo	Di	Mi	Do	Hl. Drei Könige	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Freitag 3. Opfer	Sa	So	Mo	Di	Jan
Feb	Mi	Do	Fr	Sa	So						Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Freitag fastnacht	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Feb
Mär	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	Mär
Apr	So	Mo	Di	Mi	Do	Karfreitag	Sa	Oster-sonntag	Oster-montag	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo		Apr
Mai	Mai-festtag	Mi	Do	Fr	Sa	So						Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Freitag Christi Himmelfahrt	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mai	
Jun	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Frei- leichnam	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa		Jun
Jul	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Jul
Aug	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Aug
Sep	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So		Sep
Okt	Mo	Di	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Reform- tag	Okt	
Nov	Aller- heiligen	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr		Nov
Dez	Sa	1. Advent	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	2. Advent	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	3. Advent	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	4. Advent	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Silvester	Dez
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

■ Sitzungswoche ■■■■ *) Reserveweche